



Schweizerbanner

Offizielles Organ der Nationalpartei



Ausgabe Frühling 2026

Vorwort

Die Schweiz darf nicht zu einer 10-Millionen-Sardinenbüchse werden!

Seit Jahrzehnten leidet unser kleines, jetzt schon viel zu dicht besiedeltes Land unter einer ungebremsten Masseneinwanderung oft kulturfremder Menschen und wächst jährlich um rund 80'000 Personen, was in etwa einer Stadt St. Gallen entspricht.

Die Folgen davon sind unter anderem eine zunehmende Verschandelung unserer schönen Natur durch Überbauungen, überfüllte Strassen und Züge, mehr Kriminalität, Überlastung unserer Sozialwerke und ganz allgemein eine reduzierte Lebensqualität durch Dichtestress. So kann und darf es nicht weitergehen!

Die von der SVP lancierte eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» will daher dieser unheilvollen Entwicklung einen Riegel schieben und stellt im Kern drei konkrete Forderungen, nämlich:

Deckelung der Wohnbevölkerung auf maximal 10 Millionen Einwohner bis 2050.

Verpflichtung zu Gegenmassnahmen durch Bundesrat und Parlament bereits ab 9,5 Millionen Einwohnern.

Kündigung internationaler Abkommen als letzte Konsequenz.

Das Volksbegehren darf jedoch nur ein erster richtiger Schritt in die richtige Richtung bleiben. Wer die Probleme ehrlich analysiert, erkennt schnell, dass eine rein quantitative Begrenzung des zukünftigen Bevölkerungswachstums nicht genügt. Wenn wir unsere Heimat, Kultur, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt bewahren wollen, braucht es mittelfristig auch eine konsequente Politik der Remigration. Menschen ohne Aufenthaltsrecht, kriminelle Ausländer, Sozialschmarotzer sowie aufgrund ihrer fremden Kultur nicht integrierbare Personen müssen unser Land wieder verlassen.

Die Schweiz darf nicht weiter Siedlungsraum für grenzenlose Masseneinwanderung bleiben. Unser Land lebt von Stabilität, Sicherheit, Freiheit und einer gewachsenen Identität.

Diese Werte gilt es, entschlossen zu verteidigen. Die 10 Millionen Initiative ist deshalb weit mehr als eine Abstimmungsvorlage- sie ist eine Schicksalsfrage für den Erhalt der Schweiz, wie wir sie kennen und lieben.

Die Schriftleitung

Verratene, verkaufte Arbeiterschaft?

Der ehemalige SP-Präsident Peter Bodenmann ging vergangenen Februar mit seinen politischen Enkeln hart ins Gericht. Der SP warf er "moralisierendes" Gehabe vor, und dass sie sich zu wenig um den Werkplatz Schweiz kümmere. Die gegenwärtige Generation der Genossen bezeichnete er als "rosarote Barbershop-Linke". Auch warf er der SP-Doppelspitze Wermuth/Meyer vor, sich regelmässig "erholen" zu müssen, notabene auf Steuerzahlers Kosten!

Doch das Dilemma der einstigen Arbeiterpartei SP reicht viel weiter, bis in die frühen 70er Jahre zurück, als sich vor dem Hintergrund der im Juli 1970 zur Abstimmung gelangten «Schwarzenbach-Initiative» unzählige

damals noch mehrheitlich Schweizer Arbeiter aus Enttäuschung auch über die Akademisierung der Sozialdemokratie der zu der Zeit aufstrebenden Nationalen Aktion zuwandten.

Doch diese klassische Arbeiterschaft einst Rückgrat nationaler Parteien und



Gruppen, ist bestenfalls noch in Sprengeln vorhanden. Heute gibt es nur noch wenige Schweizer, welche diesem Bild des klassischen Arbeiters entsprechen, selbst unter diesen sind nur wenige überhaupt politisch interessiert. Ein wesentlicher Grund für diese auch physische Verdrängung des Schweizers aus diesen Segmenten des Broterwerbs liegt in einer rapide um sich greifenden gesellschaftlichen Akademisierung, welche bereits in der Schule beginnt. Deren Lernziele darauf ausgerichtet sind, möglichst vielen jungen Menschen den Weg in die Universität zu ebnen. Auf der Strecke bleibt dann das als unattraktiv angesehene Handwerk, dessen Berufe oft von Einwanderer-Sprösslingen ergriffen werden.

Der Schweizer Arbeiter als Relikt vergangener Zeiten

Hinzu kommt, dass die Einwanderung in den Billiglohnsektor, wo unzählige Schweizer früher ihr Auskommen fanden, wesentlich zu dieser Entwicklung beitrug, wodurch der Schweizer Arbeiter mehr denn je zu einem "Relikt vergangener Zeiten" degradiert wurde. Für die Übriggebliebenen heisst es dann: «Ja nicht ausländerfeindlich auffallen», denn der Fremde, der trotz aller Umerziehung der Einheimischen, Fremd bleibt, "sitzt ja schliesslich im selben Boot wie ihr". So jedenfalls suggerieren es uns die Bosse, die Bonzen im feinen Zwirn, in der stetigen Gewissheit, aus der Masse dieser Fremden ausreichend Kapital schlagen zu können. Dieser selbstgefällige Zustand, in dem sich die Unternehmerseite wiegt, hat so lange Bestand, wie die finanziellen Mittel vorhanden sind, um



auf tretende Probleme durch die Einwanderung mit Geld zu kaschieren. Allerdings mehren sich die Anzeichen, dass sich die Dinge ändern, denn jede wirtschaftlich prosperierende Epoche findet irgendwann ihr Ende, spätestens dann, wenn die hier abgekoppelt von ihren Kulturkreisen lebenden Fremden einem weniger

günstigen Klima gegenüberstehen, wie dies bereits in einigen europäischen Ländern der Fall ist. Denn wirklich assimiliert sind die wenigsten. Entsprechend schwer ist es für viele unter ihnen, hierzubleiben, wenn unter solchen Voraussetzungen auch noch den Sozialämtern das Geld ausgehen sollte, womit ihr "Schicksal" wohl besiegelt sein dürfte und ihnen letztlich nur der Weg zurück in ihre Herkunftsländer bliebe. So hoffnungslos die Lage für den Restbestand Schweizer Arbeiter gegenwärtig auch scheinen mag, ein solches, leider jedoch hypothetisches Szenario würde gesetzt, dieser "Idealfall" würde dereinst zur Realität - die eigene Arbeiterschaft gestärkt aus einer derartigen Krise hervorgehen, wodurch wiederum auch nationale Formationen profitieren könnten. Denn der sozialdemokratische Verrat an der Arbeiterklasse, dieses beschämende Sich abwenden von ihrer Klientel, die sie noch immer vorgibt zu vertreten, bietet der nationalen Opposition die Gelegenheit, hier in die Bresche zu

springen. Eine besonders üble Rolle spielen dabei die Arbeitgeber. Er ist es, der in seinem Profitstreben die eigene Arbeiterschaft gegen die Interessen fremder Arbeiterpopulationen ausgespielt hat, mit dem Kalkül dahinter, auch der sozialen Rechten zu schaden.

Den Bonzen wird es dereinst schwerfallen, nachrückenden einheimischen Arbeitnehmer Generationen diesen durch die Überfremdung verursachten erbärmlichen Zustand unserer Heimat zu erklären. Der Kampf der Arten könnte dann in einem Klassenkampf ausarten. Denn jene Schichten von Bonzen, zu denen sich auch wesentliche Teile der Intellektualität gesellen, haben für den Werktätigen allen heuchlerischen Beteuerungen zum Trotz keine grosse Achtung übrig. Ihr oft arrogantes Auftreten gegen die Belange der verbliebenen Arbeiterschaft ist ein Beweis für eine Haltung der Eliten, die leider um sich greift. Ihnen gilt unser Kampf genauso wie den Auswüchsen der Überfremdung.

Die Bewahrung eines ethnokulturell homogenen Territoriums ist untrennbar verbunden mit dem Kampf des einheimischen Arbeiters, des Angestellten, um seine sozialen Rechte.

R.O.

Der bilaterale Irrweg

Mitte März reiste der zuständige Ressortchef Guy Parmelin nach Brüssel zur Unterzeichnung der Bilateralen III Verträge. Nach den desaströsen Folgen der ersten zwei Abkommen zu den Bilateralen 1 und 2, welche uns zwar einen gewissen Wohlstandsschub bescherten, gleichzeitig aber durch die darin enthaltene Personenfreizügigkeit auch eine massive Einwanderung zur Folge hatte, werden nun mit diesem weitergehenden Abkommen auch institutionelle Bindungen an die EU vertieft. Konkret wird bei Fragen, welche die in diesen Verträgen ausgehandelte Zusammenarbeit mit der EU tangieren, dieser insofern ein Vetorecht eingeräumt, in dem sie über ein EU-Schiedsgericht bei Europa kritischen Entscheidungen des Schweizer Souveräns zumindest mitbestimmen, d. h., das letzte Wort hätte.

Mit der Unterzeichnung dieser Verträge können deren quer durch die politische Landschaft angesiedelte Befürworter gleich auch ein Gesuch zum Beitritt an die Pforten der EU mit anhängen. Denn damit handelt es sich um eine faktische Unterwanderung des Initiativrechts und

Referendumsrechts, womit die Schweiz als souveräner Staat infrage gestellt würde. Der Schweizer Stimmbürger hat darüber zwar noch zu befinden, doch im Falle einer Zustimmung dürften die Würfel in Richtung EU wohl unwiderruflich gefallen sein und ein Weg zurück kaum mehr möglich.

Nach dem EWR-Nein von 1992 war dieser bilaterale Weg von Beginn an darauf ausgerichtet, die Schweiz als Nettozahler etappenweise an die EU heranzuführen. Besonders die Personenfreizügigkeit, hat uns



trotz anderslautender Versprechungen enorme Folgekosten und eine viel höhere Einwandererquote beschert. Die dadurch ausgelöste Welle von zunächst als Arbeitssuchende taxierten Ausländern beanspruchte oft schon nach kurzer Zeit, ohne erst selbst in die Kassen eingezahlt zu haben, Arbeitslosengelder, die oft auch das Gesundheitswesen belasten. Addiert man die grosse Zahl an Asylbewerbern hinzu, belastet dies die Haushalte von Bund und Kantonen auf eine Weise, welche Sozialkassen und Infrastruktur an den Rand eines Kollapses manövriert. Eigene Interessen müssen hintenangestellt werden, Bund und Kantone sind gefordert, neuen Wohnraum zu schaffen und Unsummen in den Ausbau von Schiene und Strasse zu investieren. Um steigende Kriminalitätsraten zu begegnen, müssen auch die GefängnisKapazitäten ausgebaut werden. Auch immer mehr neuer Schulraum sowie Einrichtungen der Gesundheitsinfrastruktur müssen geschaffen werden, nur um die entsprechenden Bedürfnisse einer steigenden ausländischen Bevölkerung abzudecken.

Eine wesentliche Schwäche der Bilateralen ist vor allem eben die Tatsache, dass es sich hier nicht etwa um eine Vertragsvereinbarung, eine Zusammenarbeit zwischen zwei gleichberechtigten Partnern, die auf ausschliesslich wirtschaftlichem Austausch beruht, handelt, sondern diese gepaart mit ihrer politischen Komponente unweigerlich eine automatische EU-Mitgliedschaft zur Folge haben könnte. Den Realitäten derart ausgeliefert, wäre es dann kaum mehr möglich, sich den Vögten aus Brüssel, welche dann über das Geschehen in der Schweiz zumindest mitbestimmen, wirksam entgegenzustellen. Durch die Unterzeichnung und

mögliche Absegnung dieser Verträge an der Urne ist dies keine Beziehung mehr auf Augenhöhe, sondern ein Diktat Brüssels.

Das Kernproblem liegt offenbar darin, dass sich hierzulande kaum wer Gedanken über gangbare Zukunftsoptionen macht. Denn wird dieser bilaterale Weg verlassen, kommt die Schweiz nicht umhin, eine neue Form von Zusammenarbeit auf vornehmlich wirtschaftlicher, nicht jedoch institutionell politischer Ebene auszuhandeln. Eine wie auch immer geartete grenzüberschreitende sprachregionale Partnerschaft. Priorisierend auf jene Staaten ausgerichtet, welche uns historisch und sprachkulturell nahe stehen.

R.T.

Keine 10-Millionen-Schweiz!

Am kommenden 14. Juni haben wir über die SVP-Nachhaltigkeitsinitiative zu befinden. Dieses Volksbegehren fordert im Kern eine 10 Millionen Obergrenze. Würde die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreiten, müsste der Bund insbesondere im Asylbereich und im Familiennachzug handeln. Soweit, so gut. Rechnet man jedoch all die Illegalen hinzu, ist diese Zahl wohl bereits jetzt erreicht oder wurde gar längst überschritten. Dieser Urnengang jedenfalls ist von wegweisendem Charakter, geht es hier doch schlicht um eine Frage von existenzieller Tragweite.

Denn wird die Vorlage verworfen, wäre dies ein Freibrief für weiteren massenhaften Zuzug entwurzelter Fremder, und die von allen Parteien als "magisch" apostrophierte 10 Millionen Marke würde wohl binnen weniger Jahre zur Makulatur. Wobei sich schon jetzt die Frage stellt, wie weit man den offiziellen Zahlen zur Migration überhaupt Glauben schenken darf. Denn addiert man die Eingebürgerten der letzten paar Jahrzehnte hinzu, also sämtliche "Schweizer" mit Migrationshintergrund, kämen diese Zahlen weit höher zu liegen.

Die Verantwortlichkeiten für diesen gerade in unseren wohlstandsverwöhnten Breitengraden biologisch beinahe schon apokalyptischen Zustand, in welchen uns die "Classe Politique" manövriert hat, liegen gleichverteilt sowohl auf linker als auf bürgerlicher Seite. Zum einen waren es die Bürgerlichen mit ihren Mehrheiten auf allen Ebenen, die – sekundiert durch die Linke aus reiner Profitgier mit ihren mannigfachen Liberalisierungen im Asyl- und Ausländerbereich über eine lange

Zeitspanne hinweg – diesen Massenexodus von Süd gen Nord überhaupt erst ermöglichten. Während die Linke im Land bis heute alles daran setzt, noch den letzten Rest an nationaler Identität zugunsten einer Gesellschaft multikultureller Verheissungen zu eliminieren.

Ein Ja am 14. Juni allerdings wäre erst ein Beginn, ein Etappensieg auf dem Weg hin zu einer Politik der Remigration, eines grösstmöglichen Abbaus der fremdstämmigen Bevölkerung.

Laut Demoskopen wird das Ergebnis dieses Urnengangs äusserst knapp ausfallen. Entsprechend verbissen wird um jede Stimme gerungen. Die Gegenseite behilft sich dabei mit Propagandafloskeln und bezeichnet dieses Volksbegehren als "Chaosinitiative". Dieses Chaos aber haben jene angerichtet, welche diese Initiative nun bekämpfen.

Wie auch immer dieses Resultat ausfällt, dieser 14. Juni hat Signalwirkung weit über dieses Datum hinaus. Entweder wir rücken weiter zusammen und fallen damit in einen Prozess nationaler Agonie, oder aber wir holen uns unser Land zurück, was jedoch eine Generationenfrage sein dürfte, denn die Folgen jahrzehntelanger Überfremdung lassen sich nicht in einigen wenigen Dekaden beseitigen.

R.O.



Für Spenden und Zuwendungen:



Werde Mitglied!

Aufnahme Antrag

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ / Ort: _____

Geb. Datum: _____

Beruf / Ausbildung: _____

Telefonnummer: _____

E-Post Adresse: _____

Der Jahresmitgliederbeitrag ist auf 90.- Franken festgelegt.

Fähigkeiten / Interessen:

Verfassen von Texten ☐

Organisatorische Fähigkeiten ☐

IT-Kenntnisse ☐

Fundierte juristisches Wissen ☐

Grafisch/Gestalt. Fähigkeiten ☐

Administrative Erfahrungen ☐

Bitte zurücksenden an:

NATIONALPARTEI
- EIDGENÖSSISCHE ALTERNATIVE -



Impressum: Das Schweizerbanner ist keine öffentliche Publikation im Sinne des Pressegesetzes, sondern lediglich ein internes Rundschreiben. Sämtliche Empfänger sind der Redaktion persönlich bekannt. Die einzelnen Artikel widerspiegeln die persönliche Meinung des jeweiligen Verfassers und sind nicht zwingend deckungsgleich mit den Ansichten der gesamten Redaktion. Das Schweizerbanner ist nicht kommerziell, d. h. es wird kostenlos bzw. gegen eine freiwillige Spende abgegeben und alle Mitglieder stellen ihre Dienste ehrenamtlich zur Verfügung. Die Redaktion behält sich vor, Artikel allfällig zu kürzen oder nicht zu publizieren.

Herausgeber / Schriftleitung: Nationalpartei Postfach 8570 Weinfelden -nationalpartei@proton.me-

